



Berliner Frauenbund 1945 e.V.

Ansbacher Str. 63, 10777 Berlin
kontakt@berliner-frauenbund.de
www.berliner-frauenbund.de

V.i.S.d.P: Mechthild Rawert,
Vorsitzende des Berliner Frauenbund 1945 e.V.

Berlin, den 12. August 2024

Newsletter des BFB 1945 e.V. – August 2024

- I. BFB 1945 e.V. als frauenpolitische Akteurin
- II. Gemeinsame Aktionen mit unseren Verbündeten
- III. Frauenpolitisch relevante eigene Termine bzw. die Dritter
- IV. Verschiedenes aus dem frauen*- und gesellschaftspolitischem Umfeld

I. BFB 1945 e.V. als frauenpolitische Akteurin

Liebe Frauen,

ich hoffe, dass ihr nun nach dem Urlaub so erholt und gutes Mutes seid, wie zuvor gewünscht. Viel Freude im auch erlebnisreichen Berlin.

Ein Sommerloch gibt es dieses Jahr nicht, allein wenn ich an die spektakulären Wahlergebnisse in Großbritannien und Frankreich oder an die Ernennung Kamala Harris zur Präsidentschaftskandidatin in den USA denke. Spektakulär auch die Olympischen Spiele in Paris, die erstmals eine Geschlechterparität bei den teilnehmenden Sportler*innen und klare Botschaften für Diversität und gegen Rassismus und Homophobie und für Inklusion ausstrahlten. Wir können weiter Großes erwarten: Vom 28.08. bis zum 8.9.2024 werden in Paris rund 4.400 der weltbesten paralympischen Athlet*innen an den Paralympischen Spielen 2024 teilnehmen und damit zum ersten Mal Paralympische Sommerspiele austragen. Die Athlet*innen aus über 180 Nationen werden in 549 verschiedenen Wettbewerben in 22 Sportarten antreten.

Ich hoffe, wir alle können dazu beitragen, dass bei den Wahlen im September in Sachsen, Thüringen und Brandenburg nicht nur demokratisch gewählt wird, sondern auch demokratische Ergebnisse erzielt werden im Sinne einer offenen und pluralen Demokratie, in der das Selbstbestimmungsrecht und die Gleichstellung aller Geschlechter gilt, in der soziale Ungleichheit bekämpft wird.

EINLADUNG: Frauenthurse und Jubiläumsfeier am 19.9.2024, 16.00 Uhr bis 21.30 Uhr

SAVE „Vom Nähfaden bis zur Atombombe ist
alles Politik.“

THE

DATE

Jubiläumsveranstaltung

Berliner Frauenbund 1945 e.V.

Donnerstag, 19.9.2024 16:00 Uhr

im Rathaus Schöneberg



Die Vorbereitung unserer Veranstaltung **„Vom Nähfaden bis zur Atombombe ist alles Politik“ - Feministische Allianzen gestern - heute - morgen** im Rathaus Schöneberg unter der Schirmherrschaft von Jörn Oltmann, Bezirksbürgermeister für Tempelhof-Schöneberg, und in Kooperation mit Julia Selge, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte im Bezirk Tempelhof-Schöneberg, läuft sehr intensiv. Nachmittags wollen wir uns zu aktuellen Herausforderungen für gemeinnützige Frauenvereine und Gefahren für die feministische Bewegung austauschen bzw. wollen potentiellen Wunschgroßeltern das Projekt „Großelternndienst – Enkel dich fit!“ vorstellen und darüber diskutieren, welchen „persönlichen Gewinn“ sie aus regelmäßigen Kontakten mit Wunsch-Enkel*innen ziehen können. Abends werden wir einen Festvortrag anlässlich des 140sten Geburtstages unserer Gründerin Dr. Agnes von Zahn-Harnack hören und das 35jährige Jubiläum unseres Projektes Großelternndienst feiern. Den krönenden Abschluss bietet unser Get together mit tollen Gesprächen und einem leckeren Buffet.

Hier ein Kurzüberblick zum **Vorläufigen Ablauf:**

15.30 Uhr Registrierung der Teilnehmer*innen

16.00 Uhr Begrüßungs- und Einführungsreden

16.30 Uhr Verschiedene Workshops

I. Feminismen und Gleichstellung stärken

Workshop 1: Frauen*vereine und Frauen*projekte in der Transformation

Workshop 2: Feministischer Generationenaustausch

Workshop 3: Demokratie braucht Feminismus

Workshop 4: Bildung neuer feministischer Allianzen – mit wem und wie?

II. Zusammenhalt der Generationen im Alltagsleben stärken

Workshop 5: Wenn der Wecker nicht mehr klingelt: Wunschgroßelternschaft als Chance aktiver Teilhabe nach dem Berufsleben

17.45 Uhr Plenum: Austausch zu den Workshops

18.15 Uhr Imbiss mit Brezeln und Getränken

18.00 Uhr Registrierung der neu hinzukommenden Teilnehmer*innen

18.45 Uhr Jubiläumsfeier

Festvortrag „Vom Nähfaden bis zur Atombombe ist alles Politik“

Würdigung zum Jubiläum: 35 Jahre „Großelternsdienst – Enkel dich fit“

20.15 Uhr Get together

21.30 Uhr Ende der Veranstaltung

Ausführlichere Informationen sind zu finden unter:

berliner-frauenbund.de/event

Bereits ab jetzt kann eine **Anmeldung** erfolgen unter:

<https://app.questoo.de/public/event/77fee33e-8e79-406f-a400-1db0eb619b4f?lang=de>

Bitte teilt uns auf dem Anmeldeformular mit, ob du an der ganzen Veranstaltung teilnimmst oder erst zur Jubiläumsfeier kommst. Wichtig zu erfahren ist uns auch, an welchem Workshop du teilnehmen möchtest.

In welcher Gesellschaft wollen wir leben?

Das ist eine Frage, mit der sich viele von uns beschäftigen. Die Robert-Bosch-Stiftung hat aus verschiedenen Forschungserkenntnissen fünf Lagebilder des derzeitigen gesellschaftlichen Zusammenhalts entwickelt:

- Szenario 1: Das Gefühl, in einer gerechten Gesellschaft zu leben, nimmt wieder zu
- Szenario 2: Das Vertrauen in Politik und Institutionen sinkt weiter
- Szenario 3: Soziale Gemeinschaften werden stärker
- Szenario 4: Immer mehr Menschen wenden sich vom politischen Weltgeschehen ab
- Szenario 5: Uns gelingt eine echte Integration von Migrant*innen

(vgl.: <https://www.bosch-stiftung.de/de/stories/zusammenhalt/zukunft-gesellschaft-zusammenhalt>)

Jedes dieser Zukunftsszenarien - drei davon eher optimistisch und zwei eher pessimistisch - verdienen eine Auseinandersetzung. Ich hoffe, wir alle haben die

Energie, jeweils etwas Gutes zum Zusammenhalt zu leisten, jede an ihrem Ort, viele von uns gemeinsam.

Mit besten Grüßen
Mechthild Rawert

II. Gemeinsame Aktionen mit unseren Verbündeten

1. Sterben die „freien Mitarbeiter*innen“ aus?

Schon in den vorherigen Newslettern wurde über die härtere Gangart der Sozialversicherungsträger zur Bekämpfung der schon seit Jahrzehnten verbotenen Scheinselbstständigkeit berichtet. Für diejenigen, die den Skandal des Gender Pay Gap und vor allem des noch größeren Gender Pension Gap bekämpfen wollen, ist die Stärkung der Sozialversicherungspflicht gesellschaftspolitisch nur zu begrüßen.

Dennoch existieren in vielen Branchen nun große Unsicherheiten, da sie sich daran gewöhnt haben, mit vielen Freelancer*innen zu arbeiten. So werden auch im sozialen Bereich, bei Frauen*vereinen, in der Bildungs- und Beratungsbranche, etc. Aufgaben erledigt in Kooperation von abhängig Beschäftigten und Freiberufler*innen, die z.B. per Honorar-, Dienstleistungs- oder Werkverträge agieren.

Wer im Internet unter „Scheinselbstständigkeit“, unter „Statusfeststellung“, etc. recherchiert, findet Hinweise auf immer mehr Urteile, so z.B. auch „Neues Urteil des Bundessozialgerichts zur Scheinselbstständigkeit – Die Freelancer sterben aus!“ - <https://www.pkl.com/neues-urteil-des-bundessozialgerichts-zur-scheinselbststaendigkeit-die-freelancer-sterben-aus-vom-23.4.2024> in Bezug auf die Klärung, ob die einzelfallbezogene Tätigkeit eines Piloten eine selbstständige oder eine abhängige Beschäftigung darstellt und somit der Sozialversicherungspflicht unterliegt. Ich zitiere das Fazit des Rechtsanwaltes auf obiger Website: *„Mit dem Einsatz von freien Mitarbeitern/Freelancern muss sehr sorgsam umgegangen werden, insbesondere muss im Vorfeld eine genaue Prüfung der rechtlichen Situation erfolgen, gegebenenfalls über ein Statusfeststellungsverfahren, um teure Überraschungen, die teilweise erst nach einigen Jahren im Rahmen einer Betriebsprüfung auftreten, zu vermeiden.“*

Schon zuvor kommt er zu der Einschätzung *„Sowohl die Prüfungspraxis der Deutsche Rentenversicherung Bund (DRV) als auch die sozialgerichtliche Rechtsprechung lassen mittlerweile eine mehr als deutliche Tendenz erkennen. Freelancer gibt es im Rechtssinne kaum noch, sind zumindest nur sehr schwer zu begründen. Die Eingliederung in den Betrieb macht mittlerweile das wesentliche Kriterium für die Abgrenzung aus.“* Ich empfehle allen Trägern aber auch denjenigen, die glauben, als Selbstständige tätig zu sein, eine Internetrecherche zu beginnen. Es braucht viele Diskussionen in den eigenen Vereins- und Trägerstrukturen und auch mit den Zuwendungsgeber*innen, um Klarheit über die notwendigen Handlungsoptionen für die Zukunft zu schaffen.

Rechtlich ist klar: Wird eine Scheinselbstständigkeit nachgewiesen, müssen sowohl die Auftragnehmer*innen als auch die Auftraggeber*innen mit finanziellen Konsequenzen und ggf. einer Strafe rechnen. Es gilt zudem: Unwissenheit schützt vor Strafe nicht. In der Regel werden beide Parteien bis zur (vierjährigen) Nachzahlung der Beiträge zur gesetzlichen Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung aufgefordert. Und die kann existenzbedrohende Auswirkungen haben – bei kleinen gemeinnützigen (Frauen-)Vereinen, die zumeist über keine ausreichenden Rücklagen verfügen, kann dies bis zur Insolvenz führen.

Klärung durch die Politik notwendig: Die Gefahr des Wegbrechens vieler Träger, die derzeit z.B. die soziale Infrastruktur und damit die lokale / regionale Daseinsvorsorge sichern helfen, kann - trotz aller Haushaltsprobleme - nicht im Sinne einer fürsorgenden Politik sein.

AGplus Scheinselbstständigkeit

Auch der Vorstand des Berliner Frauenbundes 1945 e.V. beschäftigt sich intensiv mit den drohenden Risiken für unseren Verein und für unsere Projekte – obwohl wir der Meinung sind, in der Vergangenheit alles regelgetreu geleistet zu haben. Da die beschriebenen Herausforderungen aber nicht nur unsere ist, haben wir die „AGplus Scheinselbstständigkeit“ initiiert. Zusammen mit Vertreterinnen aus vier weiteren Frauenvereinen wollen wir ein „Werkstatt-Papier“ entwickeln, welches wir dann der Politik übergeben werden. Unser Ziel: Wir brauchen mehr Klarheit!, brauchen ein sanktions- und straffreies Moratorium mindestens bis 2026, um ggf. die jahrzehntelang im Vertrauen auf ihre Richtigkeit aufgebauten Strukturen curricular aber auch organisatorisch umzustellen. Wir brauchen aber auch neue Diskussionen mit unseren öffentlichen Zuwendungsgeber*innen hinsichtlich der Re-Finanzierung.

Einladung zur Diskussion

Auch über diese Herausforderungen wollen wir breit diskutieren, so z.B. am 19. September 2024 während der Veranstaltung „Vom Nähfaden bis zur Atombombe ist alles Politik“ - Feministische Allianzen gestern - heute – morgen“ im Rathaus Schöneberg. Im Workshop „Frauenvereine und Frauenprojekte in der Transformation“ wollen wir auf die zahlreiche Problemen und Herausforderungen, die die Arbeit und Wirkmächtigkeit von Frauenvereinen negativ beeinflussen, eingehen. Wir wollen darüber diskutieren, wie Frauenvereine auch in den nächsten Jahren ihren wichtigen Aufgaben sowohl im Kontext emanzipatorischer Frauenbewegungen als auch hinsichtlich der Sicherung der Berliner Frauen-Projekte-Infrastruktur gerecht werden können.

2. Arbeitgeber*innenverband Beschäftigung, Bildung und Beratung in Berlin e. V. (AGV 4B)

Als Berliner Frauenbund 1945 e.V. wollen wir die Sozialpartnerschaft stärken – deshalb sind wir Mitglied im AGV 4B. Wie bereits berichtet, streben die Sozialpartner*innen AGV 4B und ver.di an, einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag für die Branchen in der öffentlich geförderten Beschäftigung, Bildung und Beratung abzuschließen. Aus diesem Grunde haben wir die Brancheninitiative Sozialer Dialog Beschäftigung, Bildung und Beratung auf den

Weg gebracht. Wir wollen sicherstellen, dass der Wettbewerb in diesen Branchen über die Qualität und nicht über Kostendumping bei den Arbeitsbedingungen ausgetragen wird. Wir wollen die Aufwertung der genannten Branchen vorantreiben und die Arbeitsbedingungen sowie die Attraktivität als Arbeitgeber*innen in diesen Bereichen steigern.

Wir wollen einen geschlechtergerechten Tarifvertrag

In den Berliner Branchen der öffentlich geförderten Beschäftigung (inkl. der BAA-Förderungen), Bildung und Beratung sind in Berlin zu ca. 70 Prozent Frauen erwerbstätig. Auf ihre Belange und Interessen ist daher besonders einzugehen. Frauen profitieren von Tarifverträgen am meisten.

Als AGV 4B streben wir eine tätigkeitsbezogene Entgelttabelle an. Fakt ist bisher: Zwar schützen Tarifverträge vor Lohndumping, aber sie sind, ebenso wie Entgeltordnungen, Arbeitsbewertungssysteme sowie tarifliche Tätigkeitsmerkmale, nicht frei von Diskriminierung (vgl. u.a. unter: https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Entgelt_UN_Gleichheit/TV_L.pdf?blob=publicationFile&v=3). Wir sind der Meinung, dass die Entgeltdiskrepanz zwischen den Geschlechtern der Vergangenheit anzugehören hat. Leider reichen aktuelle gesetzliche Regelungen dazu noch nicht aus, wie das Evaluationsgutachten von 2023 (<https://www.bmfsfj.de/resource/blob/229484/7c1deeee794163514c0221663af940d2/zweiter-bericht-entgelttransparenzgesetz-data.pdf>) belegt.

Beide Sozialpartner brauchen noch mehr Mitstreiter*innen

In der AGV 4B - Mitgliederversammlung am 16.7.2024 wurde intensiv über ein weiteres niedrighschwelliges Angebot einer Mitgliedschaft im AGV 4B diskutiert. Bisher gibt es zwei Arten von Mitgliedschaften im AGV 4B:

- a) Ordentliche Mitgliedschaft (§§ 3 und 4 der Satzung und § 2 der Beitragsordnung)
- b) Gastmitgliedschaft (§ 5 der Satzung und § 3 der Beitragsordnung)

Um schnell viele Akteur*innen aus unserer Branche als Interessent*innen und Mitwirkende zu gewinnen, soll als dritte Möglichkeit in die Satzung die „**Dialogmitgliedschaft**“ aufgenommen werden. Mit diesem niedrighschwelligem Angebot werden „Mitgliedern sozialer Dialog“ verkürzt gesagt, Rechte der Mitgestaltung gewährt ohne dass damit schon weitergehende Pflichten verbunden sind.

Ich bitte Organisationen im Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung, Bildung und Beratung dieses Angebot anzunehmen!

Machen Sie als Organisation mit! Stärken wir gemeinsam die Tarifbindung und Tarifhoheit!

Warum ist eine Stärkung der Tarifbindung und Tarifhoheit für den Berliner öffentlich geförderten Beschäftigungs-, Bildungs- und Beratungssektor in Berlin wichtig? Wir sind davon überzeugt, dass ein einheitlicher Branchentarifvertrag dazu beitragen kann, den Fachkräftemangel zu minimieren und die Fachkräftebindung in den Organisationen /Betrieben/Firmen an das einzelne Unternehmen zu stärken und in diesen für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Wir sind auch überzeugt, dass die Qualität der erbrachten Leistungen verbessert wird

und dass vor allem der Unterbietungswettbewerb zwischen den Organisationen verringert.

Uns ist selbstverständlich bewusst, dass wir einen intensiven Austausch nicht nur unter den Sozialpartnern zu führen haben, sondern auch mit den Förder- bzw. Zuwendungsgeber*innen führen müssen, um die Interessen abzudecken.

Mit dem Versuch des Erstarkens von Tarifverträgen setzt der **AGV 4B politische Absichten aller föderalen Ebenen um:**

- auf Europäischer Ebene wird für die EU-Länder angestrebt, dass bis zu 80 Prozent aller Branchen einen Tarifvertrag haben
- Die Bundesregierung strebt entsprechend der Vereinbarung im Koalitionsvertrag für die 20. Legislaturperiode die Stärkung der Tarifbindung durch mehrere Maßnahmen an und wird dazu ein Paket an Maßnahmen vorlegen. Die geplante Bundestariftreueregelung ist ein Teil des Pakets. (vgl. Drucksache 20/12320, Antwort der Bundesregierung zu „Bundestariftreugesetz – Erfahrungen und Erwartungen“, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/123/2012320.pdf>)
- In Berlin haben wir seit 2020 ein „Tariftreuegesetz“ (Gesetz zur Änderung des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes und weiterer Rechtsvorschriften Vom 22. April 2020, <https://www.berlin.de/vergabeservice/vergabeleitfaden/berliner-ausschreibungs-und-vergabegesetz/> und <https://gesetze.berlin.de/bsbe/document/jlr-VergabeGBE2020rahmen>), welches sich noch in der Aufbauphase befindet und derzeit evaluiert werden soll. Die Ausschreibung zur Evaluierung läuft noch bis zum 15.8.24: „Evaluierung des Ausschreibungs- und Vergabegesetz – Auftragnehmerbefragung“ - <https://www.ak-berlin.de/baukultur/meldungen/meldung/evaluierung-des-ausschreibungs-und-vergabegesetz-auftragnehmerbefragung/>

3. Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung

Der Berliner Frauenbund 1945 e.V. ist seit dem 15. Juli 2024 Mitglied des Bündnis für sexuellen Selbstbestimmung – vgl. <https://www.sexuelle-selbstbestimmung.de/> . Motiv unseres Beitritts ist die Stärkung von Allianzen, um die Rechte von Frauen* auf reproduktive und sexuelle Selbstbestimmung auszubauen. Dazu gehört auch die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs. Wir rufen bereits jetzt zur Teilnahme am Aktionstag für sexuelle Selbstbestimmung **21.09.2024** – vgl. <https://www.sexuelle-selbstbestimmung.de/18923/aktionstag-fuer-sexuelle-selbstbestimmung-21-09-2024/> - und an der bundesweiten Aktionswoche zum Safe Abortion Day vom 21. bis 28.09.2024! auf.

Die Parteien der Bundesregierung hatten in ihrem Koalitionsvertrag eine Regierungskommission vereinbart, die sich in zwei Arbeitsgruppen mit den Themen Eizellspende und Leihmutterchaft einerseits, Abtreibung andererseits befasste. Im 2024 wurden die Ergebnisse vorgelegt - vgl. https://www.bmj.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Fachpublikationen/2024_Beri

[cht Kom 218 StGB Kurzfassung.pdf? blob=publicationFile&v=6](#) . Hinsichtlich der Klärung, ob und gegebenenfalls wie eine Regulierung des Schwangerschaftsabbruchs außerhalb des Strafgesetzbuchs erfolgen kann. Nun muss die Regierungskoalition entsprechend handeln! Die SPD-Fraktion ist die erste Regierungskoalition, die das Positionspapier „Selbstbestimmungsrecht von Frauen stärken – Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisieren“ dazu vorgelegt hat – vgl. <https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/position-selbstbestimmungsrecht-frauen-staerken.pdf> . Die nun anstehenden Aufgaben beschreibt Sonja Eichwede, rechtspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, im Tagesspiegel wie folgt: vgl. <https://www.tagesspiegel.de/politik/legalisierung-von-abtreibung-die-derzeitige-regelung-ist-im-grunde-verfassungswidrig-11903264.html>

Aus den Ergebnissen der Kommission sind nun „politische Handlungsoptionen abzuleiten. Unsere erste Pflicht als Koalition ist es jetzt, uns gemeinsam mit dem Ergebnis auseinanderzusetzen. Zu einer Fortschrittskoalition gehört auch fortschrittliches Frauenrecht.“

III. Frauenpolitisch relevante eigene Termine bzw. die Dritter

Datum / Ort	Thema	Häufig ist eine Anmeldung notwendig / Link
<p>Jetzt bis zum 3.11.2024 Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstraße 13 – 14, Eingang über den Ehrenhof, D-10785 Berlin-Mitte Mo – Fr 9 – 18 Uhr, Sa, So und an Feiertagen 10 – 18 Uhr</p>	<p>Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus</p> <p>Der Widerstand von Frauen gegen die nationalsozialistische Diktatur war vielfältig, risikoreich und mutig. Dennoch ist er nach 1945 über Jahrzehnte in der deutschen Öffentlichkeit nicht oder nur unzureichend beachtet worden. Der Deutsche Bundestag hat darum 2019 "den Mut und die Leistungen der Frauen im Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur" ausdrücklich anerkannt und gewürdigt und förderte ein Projekt der Stiftung Gedenkstätte Deutscher Widerstand.</p> <p>Im Zentrum der Ausstellung stehen Lebensbilder von Widerstandskämpferinnen. Sie zeigen die gesamte soziale Breite und weltanschauliche Vielfalt des Widerstands gegen das NS-Regime. Zugleich wird erstmals eine Vielzahl von Frauen gewürdigt, die wegen ihres Widerstands von der nationalsozialistischen Unrechtsjustiz verfolgt worden sind.</p>	<p>Weitere Infos unter https://www.gdw-berlin.de/angebote/aussstellungen/ausstellung/vi-ew-aus/frauen-im-widerstand-gegen-den-nati/</p> <p>Besuchen Sie die neue Website "Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus" unter https://www.frauen-im-widerstand-33-45.de mit mehr als 300 Biografien von Widerstandskämpferinnen gegen den Nationalsozialismus.</p>

21.08.2024	Antidiskriminierungsverband Deutschland e.V.: Abschlussveranstaltung "Beyond AGG-Reform"	Mehr Infos & Updates unter: https://www.antidiskriminierung.org
21.08.24, 14-17.30 Uhr Rathaus Schöneberg, John-F.-Kennedy-Platz 1, Willy Brandt Saal	Fachtag „Wenn Betroffene Hilfe suchen...“. Verbesserter Zugang zu Hilfen nach häuslicher und sexualisierter Gewalt und die Weiterentwicklung der Angebote	Anmeldung bis zum 14.08.2024 per Email: may@signal-intervention.de Weitere Infos unter 0176 5351 3476
24.8.24, 13 Uhr Astor Filmlounge, Kurfürstendamm 225 in Berlin-Charlottenburg	Dokumentarfilm: Miss Holocaust Survivor Über den Film: In Haifa findet einmal im Jahr ein Schönheitswettbewerb der ganz besonderen Art statt: ein Schönheitswettbewerb, der das Leben feiert! Zwölf Frauen - von denen die meisten in einem Altersheim für Holocaust-Überlebende in Haifa leben und zwischen 77-95 Jahre alt sind - flanieren einen Laufsteg entlang. Die Jury dieses Wettbewerbs verbringt eine Woche mit den Teilnehmerinnen, bevor sie die Siegerin kürt. Von diesen Frauen, ihren Geschichten und dem einzigartigen Schönheitswettbewerb erzählt dieser Dokumentarfilm. Der Regisseur Radek Wegrzyn, 1977 in Danzig geboren, wird bei der Vorführung anwesend sein. Anschließend findet ein Publikumsgespräch geleitet von Esther statt.	Der Eintritt ist bei frühzeitiger Anmeldung für 2 Personen frei (Spenden werden dankbar angenommen). Da nur ein beschränktes Kontingent an freien Eintrittskarten zur Verfügung steht, bitten wir Euch um schnellstmögliche Anmeldung, Diese ist per Email unbedingt erforderlich unter info@varnhagens-toechter.de Infos zum Programm: https://www.instagram.com/varnhagenstoechter
2.,4.,9.,11.09.2024, 10-12 bzw. 14-15 Uhr	Der index Soziale Innovation für das Altern Info-Webinare zur Einführung in die Nutzung des Index Welche Innovationen helfen alternden Menschen wirklich? Wie kann man zum Beispiel mit einem Projekt, in einer Einrichtung oder in einer Kommune, soziale Innovationen umsetzen? Oder: Wie kann man innovative Projekte für das Alter(n) erkennen und fördern? Der Innovations-Index gibt Antworten. Mit seinen zwölf Merkmalen der sozialen Innovation unterstützt der Index dabei, Projekte, Maßnahmen und Einrichtungen einzuschätzen und sozial innovativ (weiter) zu entwickeln.	Infos und Anmeldug: https://kda.de/der-innovations-index-und-seine-moeglichkeiten/

<p>4.9.2024, 17:30 bis 20:00 Uhr in der Schinkelhalle, Schiffbauergasse 4A, 14467 Potsdam</p>	<p>#WeTheWomen – Gemeinsam Gleichberechtigung gestalten Bundesministerin Svenja Schulze im Gespräch mit der Zivilgesellschaft - mit anschließendem Empfang</p>	<p>bei Interesse an einer Teilnahme an der Veranstaltung per E-Mail an bmz-dialog@developmentpolicyforum.org wenden.</p>
<p>11.09.2024, 18-22 Uhr, Einlass ab 17 Uhr Konferenzzentrum Mauerstraße 27, 10117 Berlin</p>	<p>Empfang anlässlich 18 Jahre Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz wird 18 Jahre alt. Aus diesem Anlass und um die Erfolge des Gesetzes zu feiern, lädt die Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung Ferda Ataman zu einem politischen Empfang ein. Keynote und Festredner: Prof. Dr. Dr. Michel Friedman, Jurist, Publizist und Philosoph</p>	<p>Infos und Anmeldung https://ads-veranstaltungen.bafza.de/empfang-18-jahre-agg/start</p>
<p>15.9.2024 Die zentrale Veranstaltung findet in und vor der Amerika-Gedenkbibliothek der Zentral- und Landesbibliothek Berlin statt</p> <p>und Aktionsmonat September</p>	<p>Internationaler Tag der Demokratie: Aktivitäten in Berlin</p> <p>Am 15. September 2024 ist wieder Internationaler Tag der Demokratie. Im Aktionsmonat September sollen überall in der Stadt vielfältige Räume für Dialog und Teilhabe entstehen. In allen Berliner Bezirken sollen Formate durch diverse Akteure initiiert werden, um sich mit Fragen von Demokratie und Teilhabe auseinanderzusetzen und mehr Verständnis für die Komplexität politischen und gesellschaftlichen Handelns herzustellen. Veranstaltungen können über ein Online-Formular gemeldet werden, sie werden dann entsprechend beworben. Bei der zentralen Veranstaltung findet ein Markt der Möglichkeiten statt. Die Standanmeldung ist kostenfrei.</p>	<p>Programm und Informationen https://demokratietag.berlin/programm-2024/</p>
<p>16.-29.09.24</p>	<p>Menschen in Arbeit – Fachkräfte in den Regionen Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und die Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA) laden Netzwerke, Unternehmen, Institutionen und weitere Arbeitsmarktakteur*innen zur Teilnahme an den bundesweiten Aktionswochen „Menschen in Arbeit – Fachkräfte in den Regionen“ ein.</p>	<p>Informationen und Teilnahme https://www.inqa.de/DE/vernetzen/veranstaltungen/aktionswochen-2024-menschen-in-arbeit-fachkraefte-in-den-regionen.html</p>
<p>19.9.2024, 16 – 21.30 Uhr</p>	<p>Kooperationsveranstaltug des BFB 1945 e.V. mit der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten des</p>	<p>Mehr Infos unter berliner-frauenbund.de/event</p>

<p>Rathaus Schöneberg</p>	<p>Bezirks Tempelhof-Schöneberg Arbeitstitel: Ein Kessel „Frauen*-Buntes u.a.: - Wie organisieren sich die Frauenbewegungen? - 35 Jahre GroßelternDienst - 140ster Geburtstag unserer Gründerin Dr. Agnes von Zahn-Harnack</p> <p>Referentinnen sind u.a. Lisi Maier, Direktorin der Bundesstiftung Gleichstellung, und Bianca Walther, Historikerin und Podcasterin</p>	<p>Anmeldung unter Gstoo.de/Frauenbund2024</p>
<p>21.09.2024, 12 Uhr auf dem Pariser Platz am Brandenburger Tor</p> <p>21. - 28.09.2024</p>	<p>Safe Abortion Day Am 21. September 2024 veranstalten christlich-fundamentalistische und rechtsnationale Gegner*innen des Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung wieder einen sogenannten Marsch für das Leben. Sie fordern das totale Verbot des Schwangerschaftsabbruchs und stellen die Vielfalt von Lebensentwürfen, sexuellen Orientierungen und geschlechtlichen Identitäten in Frage.</p> <p>Beteiligt euch an der bundesweiten Aktionswoche zum Safe Abortion Day</p>	<p>https://www.sexuelle-selbstbestimmung.de/18923/aktionstag-fuer-sexuelle-selbstbestimmung-21-09-2024/</p> <p>https://www.sexuelle-selbstbestimmung.de/18932/safe-abortion-day-28-september-2023-2/</p>
<p>24. / 25. 09.2024</p>	<p>Internationale Konferenz: Migration progressiv ausbuchstabieren Migration bewegt – in Deutschland und weltweit. Und schon jetzt ist klar: Angesichts globaler Krisen werden die Herausforderungen weiter wachsen. Das alternde Europa ist in den nächsten Jahrzehnten auf die Anwerbung von Arbeitskräften angewiesen, um den Wirtschaftsstandort zukunftsfähig aufzustellen und Wohlstand für alle zu sichern. Gleichzeitig führen die weltweite Zunahme von Konflikten und die Folgen des Klimawandels dazu, dass Menschen vermehrt ihre Heimat verlassen. Schutz und Perspektiven in Deutschland, in Europa und darüber hinaus zu schaffen und zu gewährleisten, ist eine zentrale Aufgabe für die Zukunft. Mit dem Gesetz zur Fachkräfteeinwanderung und der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts</p>	<p>Infos unter: https://www.fes.de/veranstaltungen/veranstaltungsdetail/272552</p> <p>Einzelanmelden unter: https://www.fes.de/veranstaltungen/veranstaltungsdetail/272552/anmelden</p>

	<p>hat die Bundesregierung in den letzten drei Jahren zentrale Vorhaben auf dem Weg zu einer modernen Einwanderungsgesellschaft umgesetzt. Auch hier bleibt noch viel zu tun.</p>	
26./27.9.2024	<p>Praxis stärken und bereichsübergreifend agieren – Handlungsoptionen um Einsamkeit zu begegnen Kostenpflichtige Digitale Fachveranstaltung des Deutschen Verein</p>	<p>https://www.deutscher-verein.de/de/veranstaltungen-2024-praxis-staerken-und-bereichsuebergreifend-agieren-handlungsoptionen-um-einsamkeit-zu-begegnen-5388,3068,1000.html</p> <p>Anmeldung bitte bis: 26.08.2024</p>
26./27.9.2024 Deutsches Institut für Menschenrechte Tagungszentrum Franz-Mehring-Platz	<p>Netzwerktreffen Menschenrechtsbildung 2024</p> <p>Das Netzwerktreffen hat den diesjährigen Schwerpunkt „Menschenrechtsbildung zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten“. Wir werden Ideen, Projekte und Produkte zu diesem Themenfeld diskutieren. Wir nehmen gerne Interessenanmeldungen für Beiträge zur Menschenrechtsbildung in diesem Themenfeld an. Zudem wird Raum für die Vernetzung und Diskussion aktueller Themen unter Menschenrechtsbildner*innen sein.</p>	<p>Weitere Infos unter: https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/veranstaltungen/detail/netzwerktreffen-menschenrechtsbildung-2024</p> <p>Anmeldung bitte bis zum 06.09.2024</p>
01.10.24	<p>Ageismus – wie machen wir Altersdiskriminierung sichtbar und bewirken Veränderung? Silbernetz, das Netzwerk gegen Einsamkeit, lädt am 01.10.24 zu einer Veranstaltung mit Vorträgen, Diskussionsrunden und anschließendem Workshop zum Thema Altersdiskriminierung nach Berlin ein. Darüber hinaus bietet Silbernetz kostenfreie Workshops an, um für das Thema zu sensibilisieren. Diese finden Online und vor Ort in Berlin am 03.09., dem 15.10. und dem 05.11. statt.</p>	<p>Informationen zur Veranstaltung und zu den Workshops https://silbernetz.org/ageismus/</p>
7.10.2024, 14.30 Uhr: Dialogveranstaltung g 18.30 Uhr Festakt	<p>Jubiläumsveranstaltung Frauenrechte sind Menschenrechte – 45 Jahre UN-Frauenrechtskonvention</p>	<p>Mehr Infos: https://www.cedaw-allianz.de/2024/07/17/save-the-date-</p>

in der Landesvertretung Baden-Württemberg	CEDAW-Allianz Deutschland: Wie kann in Deutschland ein Ende geschlechtsspezifischer Diskriminierung erreicht werden? Was braucht es für eine vollumfängliche Umsetzung der UN-Frauenrechtskonvention?	jubilaumsveranstaltung-45-jahre-cedaw/
8.10.2024, ab 13.30 Uhr bzw. ab 18.30 Uhr Konferenzzentrum Mauerstraße 27 in Berlin-Mitte.	Fachtagung: Altersforschung in herausfordernden Zeiten – Impulse für Gesellschaft und Politik Parlamentarischer Abend: Vereinbarkeit von Pflege und Beruf	Mehr Informationen unter: https://www.dza.de/forschung/fachtagung/parlamentarischer-abend-08102024 Anmeldeschluss ist der 20.09.2024
9.10.2024, 11 – 16.30 Uhr, Pop Up Saal der Amerika Gedenkbibliothek	Save the Date "Zusammenhalten. Vielfalt. Leben – Berufsbild Freiwilligenmanagement?" 9. Fachkonferenz Freiwilligenmanagement und Diversitätsorientierung	Mehr Infos später durch Landesfreiwilligenagentur Berlin e.V. Schumannstraße 3 10117 Berlin FON: 030 - 847 108 794 eckhardt(at)landesfreiwilligenagentur.berlin WEB: landesfreiwilligenagentur.berlin
24.10.2024, 10-12.30 Uhr	Save the Date: Online-Austausch über das neue Rechtsgutachten „Anforderungen an die Geltendmachung von Ansprüchen nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz“ erstellt von Armaghan Naghipour Aufgrund der Uneinheitlichkeit und teilweise Widersprüchlichkeit in der Rechtsprechung herrscht in der Zivilgesellschaft Unsicherheit bezüglich der AGG-Geltendmachung, die manchmal negativ auf die Handlungsfähigkeit von Beratungsstellen auswirkt. Das Rechtsgutachten behandelt sowohl rechtliche und als auch praxisrelevante Fragen zu der Form, Frist und Formulierung einer Geltendmachung von Ansprüchen nach dem AGG.	Organisiert vom Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin, Richard-Sorge-Straße 13 10249 Berlin
02.11. 2024 9:30 – 17:00 Uhr 03.11. 2024 10:00 – 13:30 Uhr Deutsches Hygiene-Museum, Dresden, in Präsenz und online.	Save the date: AKF-Fachtag: Wie beeinflussen Umwelt und Klimakrise die Gesundheit von Frauen? Frauengesundheit und Klimawandel: Muttersein, Care-Arbeit und die Gesundheit von Frauen aus vulnerablen Zielgruppen in einer sich wandelnden Umwelt, Die gesundheitlichen	

	Auswirkungen der Klimaveränderungen auf Frauen – global und individuell – werden in Vorträgen und Diskussionsrunden, in einem Generationendialog und auf einem Podium ausführlich erörtert.	
5.11.2024	Bundesstiftung Gleichstellung 2. bundesweiter Gleichstellungstag Motto „zusammen:wirken – Wandel wird mit Gleichstellung gemacht“ Weitere Infos vgl. Link	https://www.bundesstiftung-gleichstellung.de/
07. + 08.11.2024	„Empowerment mit Power Sharing: Selbstermächtigung braucht faire Beteiligung“ Jahreskonferenz 2024 & 10. Jubiläumsfeier von DaMigra e.V.	Weitere Infos folgen noch.
12.11.24, 17-19 Uhr	Save the Date: Treffen des Berliner Netzwerk Parität	
13.11.2024, AGB PopUp Blücherplatz 1, Berlin	2. Berliner Engagementkonferenz Landesdemokratiefördergesetz Engagement und Demokratie zusammendenken Engagement ist systemrelevant: Handlungsfelder	
15.11.1994	30jähriges Jubiläum der Verankerung des Satz 2 des Artikel 3 im Grundgesetz: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“	
25.11.2024. 10:00 – 12 Uhr Abgeordnetenhaus Berlin	Veranstaltung der ÜPFI zum Internationalen Aktionstag "NEIN zu Gewalt an Frauen" Weitere Infos folgen	
25.11.2024, 11:00 -17:00 Uhr Ort: Botschaft für Kinder (Inklusionshotel Rossi), Lehrter Straße 66, 10557 Berlin	Save the Date: Fachtag der Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut „Wer, Wie Was...? - Mitreden und Gestalten - Beteiligung als Schlüssel für eine gelingende Kinderarmutsprävention vor Ort“ Mit der Berliner Strategie gegen Kinderarmut arbeiten wir im Land	

	Berlin und in allen 12 Bezirken aktiv daran, Kinderarmut zu verhindern und Armutsfolgen zu reduzieren. Damit uns das gut und nachhaltig gelingen kann, brauchen wir das Wissen und die Einschätzung jener Gruppen, die hier im Mittelunkt stehen.	
25.11. 2024, 16 Uhr Brandenburger Tor bis Rotes Rathaus	Einladung zur Demonstration am Internationalen Tag Gegen Gewalt gegen Frauen Demonstration, angemeldet u.a. von BIG e.V, Berliner Initiative gegen Gewalt gegen Frauen, Landesarbeitsgemeinschaft Berliner Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten, dem Berliner Netzwerk Frauen	
27.11.24, 15:00 Uhr Katholische Hochschule für Sozialwesen, Köpenicker Allee 39-57, 10318 Berlin I Hörsaal H109	Ehrenamt für die Gesundheit: Großelterndienst „Enkel dich fit!“ Mit Laurette Rasch (MSc Public Health) und Helga Krull (eine der Projektleiterinnen des Großelterndienst beim Berliner Frauenbund 1945 e. V.) Ehrenamtliche Tätigkeit fördert auch die eigene Gesundheit und das eigene Wohlerhen. Die Veranstaltung ist Teil der bis zum 27.11.2024 andauernden Senior:innen-Universität Lichtenberg	Mehr Infos zum Programm und zur Anmeldung: https://www.berlin.de/senioren-aktiv-in-lichtenberg/angebote-im-bezirk/weitere-angebote/artikel.1148158.php

IV. Verschiedenes aus dem frauen*- und gesellschaftspolitischen Umfeld

- **Warum lösen sich Vereine auf? Publikation**

In der Untersuchung wird der Frage nachgegangen, warum Vereine in Deutschland aufgelöst werden. Durch die Analyse von Daten aus Vereinsregistern und einer Umfrage unter aufgelösten Vereinen beleuchtet diese Studie ein bisher wenig erforschtes Phänomen: die steigende Anzahl von Vereinsauflösungen trotz der zentralen Bedeutung von eingetragenen Vereinen für die Zivilgesellschaft. Die Studie identifiziert sowohl strukturelle interne Ursachen, als auch äußere Faktoren für die Auflösung von Vereinen. Die Ergebnisse offenbaren, dass es sich bei den aufgelösten Vereinen besonders um relativ junge und kleine Vereine mit einem lokalen Fokus handelt. Als Ursachen werden nicht finanzielle Gründe, fehlende Sachmitte oder Räumlichkeiten angeführt, sondern ein Mangel an Mitgliedern und die geringe Bereitschaft, ehrenamtliche Funktionen zu übernehmen oder sich in anderer Form freiwillig zu engagieren. Externe Faktoren wie ein erhöhter bürokratischer Aufwand tragen ebenfalls zur Destabilisierung bei. Die Studie betont die Dringlichkeit von Maßnahmen zur Förderung der

Mitglieder- und Ehrenamtsgewinnung und zur Verringerung bürokratischer Belastungen, um die Vitalität der Vereinslandschaft zu stärken.

Die Publikation ist als Opusculum Nr. 193 der Maecenata Stiftung erschienen und ist kostenlos als Download erhältlich.

Publikation nachlesen unter:

https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/94437/ssoar-2024-hummel_et_al-Warum_losen_sich_Vereine_auf.pdf?sequence=4&isAllowed=y&lnkname=ssoar-2024-hummel_et_al-Warum_losen_sich_Vereine_auf.pdf

- **Umfrage zur Öffentlichkeitsarbeit gemeinnütziger Organisationen + KI**

Das Projekt Comms4Good führt eine große Umfrage zur Öffentlichkeitsarbeit gemeinnütziger Organisationen durch – um eine KI zu entwickeln, die Non-Profits in der Kommunikationsarbeit unterstützt. Welche Wünsche und Bedarfe haben Non-Profits hinsichtlich ihrer Kommunikationsarbeit? Wie ist es um die gewünschte Sichtbarkeit von Initiativen und Vereinen bestellt? Die Ergebnisse fließen in eine wissenschaftliche Studie ein und in die Entwicklung einer Künstlichen Intelligenz als Werkzeug in der Kommunikationsarbeit von Non-Profits. Die KI wird im September 2024 vorgestellt. Sie soll auf die Bedarfe gemeinnütziger Organisationen gemünzt sein, produziert auf Knopfdruck Pressemitteilungen, Social-Media-Postings, Webseitexte etc. und entspricht höchsten Datenschutzerfordernissen. Comms4Good ist ein Forschungsprojekt, das durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Civic Innovation – Förderung von gemeinwohlorientierten KI-Projekten) gefördert wird. Projektpartner sind die International University (iu), PHINEO und die Producer Media UG.

Als BFB 1945 e.V. haben wir an der Umfrage teilgenommen:

https://uc2456.customervoice360.com/uc/IU_Comms4Good/

Weitere Infos zum Projekt: <https://comms4good.de/>

- **Faktenblätter zur Umsetzung von CEDAW in Deutschland online**

Die CEDAW Allianz Deutschland, bei der der Berliner Frauenbund 1945 e.V. Mitglied ist, hat auf der Website - <https://www.cedaw-allianz.de/materialien/> - Faktenblätter zur Umsetzung der UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau in Deutschland zur Verfügung gestellt.

Faktenblatt zur Umsetzung einzelner Themen von CEDAW in Deutschland:

https://www.cedaw-allianz.de/wp-content/uploads/2024/06/Faktenblatt_Umsetzung-in-Deutschland.pdf

Faktenblatt zu CEDAW allgemein

https://www.cedaw-allianz.de/wp-content/uploads/2023/11/Faktenblatt_UN-Frauenrechtskonvention-CEDAW.pdf

- **Aufruf zur Teilnahme an einer Befragung zu informellen Praxen bei der Vermietung von Wohnraum**

die Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt „Fair mieten – Fair wohnen“ setzt sich für Wohnen ohne Diskriminierung in Berlin ein.

In den letzten Jahren erfährt die Fachstelle immer häufiger von informellen Geschäften bei der Vermietung von Wohnraum. Vor allem Menschen, die auf dem Wohnungsmarkt benachteiligt werden, bekommen informelle und zum Teil illegale Angebote bei der Wohnraumsuche. Darüber möchten wir mehr erfahren.

Wir suchen Menschen, die in Berlin aktuell nur schwer eine Wohnung bekommen, und mit uns ein Interview über ihre Erfahrungen bei der Wohnungssuche führen möchten. Besonders interessiert uns dabei, inwiefern Menschen bei der Wohnungssuche mit informellen/illegalen Angeboten in Berührung kommen.

- Sie arbeiten in einer Beratungsstelle und können mehr darüber sagen, über welche Wege und mit welcher Unterstützung Menschen eine Wohnung bekommen?
- Sie hatten allgemein Schwierigkeiten eine Wohnung in Berlin zu finden und konnten nur durch Hilfe anderer Menschen eine Wohnung finden?
- Sie haben selbst während der Wohnungssuche Angebote erhalten eine Wohnung gegen eine größere Summe Geld zu bekommen?
- Ihnen wurde eine Wohnung vermittelt, für die Sie keinen oder nur einen befristeten Mietvertrag haben?
- Sie zahlen sehr viel Miete für eine schlechte Wohnung oder wohnen mit sehr vielen anderen Menschen auf wenig Raum?
- Sie haben andere Unterstützungsleistungen im Rahmen der Wohnungssuche angenommen (Stellen von Anträgen, Übersetzungen usw.)?

Bei Interesse melden Sie Sich per E-Mail: Susanna.Raab@fairmieten-fairwohnen.de oder telefonisch bei Susanna Raab unter: +49 30 293 431 27
Bei Bedarf kann eine Sprachmittlung für die Gespräche organisiert werden.
Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt
asum GmbH, Thaerstraße 30d

• **Die Plattformisierung der Pflege**

In unserer alternden Gesellschaft wächst die Bedeutung der Pflege kontinuierlich, wodurch Pflegeplattformen zunehmend an Relevanz gewinnen. Ein Großteil der Forschung auf diesem Gebiet beschränkt sich jedoch auf Sektoren wie Transport- und Lieferdienste. Caroline Murphy erläutert im Interview, wie Plattformen zur Umsetzung guter Pflege beitragen können und welche Herausforderungen sich daraus auch für die Gewerkschaften ergeben.

Weiterlesen unter: <https://www.fes.de/themenportal-gewerkschaften-und-gute-arbeit/gewerkschaften-international/artikelseite-internationale-gewerkschaftspolitik/die-plattformisierung-der-pflege-ein-interview-mit-caroline-murphy>

• **Erklärfilme „rund um die Pflege“**

Die Erklärfilme vermitteln in wenigen Minuten und auf leicht verständliche Weise Basisinformationen zu zentralen Themen der Pflege im Alter – zu finden unter: <https://www.zqp.de/angebote/videos/>

- **Urban, Mo: Nach 50 Jahren Frauengesundheitsbewegung in Deutschland – wo stehen wir heute?**

In: Impulse. Frauengesundheit reloaded. Zwischen Fortschritt und Handlungsbedarf, 123 (6/2024)

<https://www.gesundheit-nds-hb.de/fileadmin/Publikationen/Impulse/impulse-nr123-web.pdf>

- **Relevante Beschlüsse der Gleichstellungsministerkonferenz**

Am 14. Juni wurden auf der 34. Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -Minister, -Senatorinnen und -Senatoren der Länder (GFMK) u.a. Beschlüsse zu der Unterstützung des Hilfesystems beim Schutz vor Cyberstalking, Handlungserfordernissen nach Wegfall des Umsetzungsvorbehalts von Artikel 59 der Istanbul-Konvention und zur Umsetzung des geplanten Gewalthilfegesetzes gefasst.

Alle Beschlüsse können sie hier nachlesen:

https://www.gleichstellungsministerkonferenz.de/documents/beschluesse-und-entschliessungen-der-34-gfmk_extern_2_1720522746.pdf

- **„218 kennt keine Sommerpause“: djb startet Social-Media Kampagne**

Unter dem Namen „218 kennt keine Sommerpause“ hat der Deutsche Juristinnenbund e.V. am 16. Juli eine Kampagne gestartet, um die Notwendigkeit einer Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs zu verdeutlichen. Bis zum 3. September wird der djb dienstags wöchentlich Beiträge veröffentlichen, die Einblicke in die beratende Praxis bieten und die Situation in Deutschland mit der in anderen EU-Ländern vergleichen. Der djb fordert, die Neuregelung direkt nach der Sommerpause der Bundesregierung umzusetzen und bis dahin unter Verwendung des Hashtags #218kenntkeineSommerpause Druck zu machen.

Die komplette Pressemitteilung des djb können Sie hier lesen:

<https://www.djb.de/presse/pressemitteilungen/detail/pm24-52#:~:text=Unter%20dem%20Titel%20%E2%80%9E218%20kennt,der%20Entkriminalisierung%20des%20Schwangerschaftsabbruchs%20beleuchten.>

- **Publikation: „Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit bei Eltern: Wunsch und Wirklichkeit liegen teils weit auseinander“**

Elternschaft verschärft Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt. Die sogenannten „child penalties“ erhöhen den Gender Pay Gap und haben dementsprechend Auswirkungen auf den Gender Pension Gap. In zahlreichen Studien wird belegt, dass nach der Geburt eines Kindes diese geschlechtsspezifischen Unterschiede deutlich zunehmen. Dies liegt vor allem daran, dass die Erwerbs- und Sorgearbeit ungleich aufgeteilt wird. Wesentlich weniger Väter nehmen Elternzeit in Anspruch und falls sie dies tun, dann für einen deutlich kürzeren Zeitraum als Mütter. Das führt zu einer größeren Lücke in der Erwerbsarbeit von Frauen. Die meisten Frauen arbeiten nach der Elternzeit in Teilzeit weiter – eine Realität, das sich nicht bei den Vätern beobachten lässt. Wunsch und Wirklichkeit gehen bei der Aufteilung der Sorge- und Erwerbsarbeit weit auseinander. Doch das Ehegattensplitting, die unzureichende Kinderbetreuungsinfrastruktur und der

Gender Pay Gap sind u.a. Aspekte, die die Lücke zwischen Wunsch und Realität so groß machen.

Die ganze Studie finden Sie hier:

https://www.diw.de/de/diw_01.c.908180.de/publikationen/wochenberichte/2024_29_1/aufteilung_von_erwerbs-_und_sorgearbeit_bei_eltern_wunsch_und_wirklichkeit_liegen_teils_weit_auseinander.html

- **Publikation: „Längere Elternzeiten haben langfristig keine negativen Auswirkungen auf die Betriebe“**

Die Einführung des Elterngeldes in 2007 hat zu längeren Beschäftigungslücken in Betrieben geführt als das vorher geltende Erziehungsgeld. Langfristig lassen sich jedoch keine negativen Folgen auf die Beschäftigung und Löhne der Betriebe feststellen.

Die vollständige Studie finden Sie hier:

<https://www.iab-forum.de/laengere-elternzeiten-haben-langfristig-keine-negativen-auswirkungen-auf-die-betriebe/>

- **Was ist, wenn es mir passiert? Tipps für Beschäftigte mit (drohender) Behinderung**

Berlin (kobinet) "'Was ist, wenn es mir passiert?' Tipps für Beschäftigte mit (drohender) Behinderung", so lautet der Titel eine Broschüre, die vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) herausgegeben wird. Der Ratgeber bietet praktische Hilfe für Beschäftigte, die von einer langen und/oder schweren Erkrankung betroffen sind bzw. eine Behinderung erworben haben und umfasst 56 Seiten.

<https://www.dgb-bestellservice.de/broschuere-was-ist-wenn-es-mir-passiert-tipps-fuer.html>

- **Stresstest für die internationale Sozialpartnerschaft**

Bei der 112. Internationalen Arbeitskonferenz (IAK) traten verhärtete Fronten und Misstrauen zwischen Sozialpartnern zutage. Und dennoch gab es Ergebnisse.

Einmal im Jahr treffen sich Arbeitnehmer-, Arbeitgeber- und Regierungsvertreter_innen aller 187 Mitgliedsstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf und führen zwei Wochen lang Debatten und Verhandlungen zur Arbeitswelt. Dass dieser massive demokratische Akt schon so lange konstant besteht, gibt Hoffnung in einer Zeit, in der sich demokratische Systeme und Multilateralismus weltweit im Krisenmodus befinden. Wie die Debatten jedoch geführt wurden zeigt, dass der Druck auf Arbeiter_innen, ihre Rechte und diejenigen, die sie verteidigen, weltweit steigt.

Weiterlesen unter: <https://www.fes.de/themenportal-gewerkschaften-und-gute-arbeit/artikelseite/stresstest-fuer-die-internationale-sozialpartnerschaft>

- **Umsetzung der SDGs**

Die Ergebnisse des UN Generalsekretärs -

<https://unstats.un.org/sdgs/files/report/2024/SG-SDG-Progress-Report-2024-advanced-unedited-version.pdf> - zur Umsetzung der SDGs -

<https://unwomen.de/gleichstellung-der-geschlechter-in-der-agenda-2030/> - sind besorgniserregend: Kinderheirat und FGM/C gehen zwar zurück, aber nicht schnell genug. Die Gleichstellung der Geschlechter, insbesondere die Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben und in Führungspositionen, bleibt in weiter Ferne. Beim derzeitigen Tempo wird es 176 Jahre dauern, bis Parität in Führungspositionen erreicht ist. Viele Frauen haben noch immer keine Kontrolle über ihre sexuelle und reproduktive Gesundheit. Gewalt gegen Frauen grassiert.

UN Women hat zehn beschleunigende Faktoren für Gleichstellung - <https://www.unwomen.org/en/digital-library/publications/2024/07/gender-equality-accelerators> - herausgearbeitet. Sie sind keine Einheitslösung, sondern werden auf die nationalen Kontexte und Prioritäten zugeschnitten und in Zusammenarbeit mit nationalen Akteur*innen umgesetzt.

- **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.: Dokumentation der Fachtagung „Modernisierung des Familienrechts: Anpassungsbedarfe, Erfolgskriterien und aktuelle politische Antworten“ am 15. Mai 2024**

Die Fachtagung stand im Zeichen der von der Bundesregierung angekündigten Reform des Familienrechts. Da entgegen der Erwartungen und politischen Ankündigungen, dass bis zum Tagungstermin Mitte Mai 2024 erste Gesetzentwürfe zugänglich seien, bildeten die seit Längerem bekannten Eckpunktepapiere für die angestrebten Reformen die Diskussionsgrundlage der Veranstaltung. Neu war allerdings, dass mit dem familienrechtlichen Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 09. April 2024 einige neue Anforderungen an den Reformprozess gestellt wurden.

Dokumentation hier: <https://ag-familie.de/de/15-mai-24-va-familienrecht/>

- **Umfassende gleichstellungspolitische Forderungen an die neue Europäische Kommission**

Der Deutsche Juristinnenbund (djb) fordert die Verstärkung des bisherigen „Gender Equality Acquis“ der Europäischen Union sowie die wirksame Umsetzung struktureller und fachpolitischer Gleichstellung. Angesichts eines besorgniserregenden Zuspruchs von Parteien, die Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Frage stellen und die Rechte von Frauen einschränken wollen, müssen alle demokratischen Kräfte dieser Entwicklungen einen Gesellschaftsentwurf der europäischen Werte und Prinzipien entgegensetzen.

Forderungen an die Europäische Kommission 2024-2029:

<https://www.djb.de/presse/pressemitteilungen/detail/st24-24>

- **Länderbericht Deutschland - Empfehlung für eine EMPFEHLUNG DES RATES zur Wirtschafts-, Sozial-, Beschäftigungs-, Struktur- und Haushaltspolitik Deutschlands**

Die Europäische Kommission hat im Rahmen des Frühjahrspakets 2024 des Europäischen Semesters den Länderbericht Deutschland 2024 veröffentlicht, in dem die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen analysiert werden.

vgl.: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52024SC0605>

- **Alleinerziehende: die am stärksten von Armut betroffene Familienform**

In einem Factsheet der Bertelsmann Stiftung wird die soziale Lage von Alleinerziehenden in Deutschland untersucht. Von den 1,7 Millionen alleinerziehenden Familien mit minderjährigen Kindern gelten etwa 40 % als von Armut gefährdet. Wo die Datenlage es erlaubt, werden die Daten für alleinerziehende Mütter und Väter gesondert ausgewertet.

Factsheet: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/alleinerziehende-factsheet-2024>

- **Ungesunde Ungleichheit: Reiche sind gesünder**

In einem Impulspapier der Hans-Böckler-Stiftung werden die Ergebnisse einer Studie zum Zusammenhang zwischen Gesundheit und Sozialstatus zusammengefasst.

vgl.: <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-ungesunde-ungleichheit-61680.htm>

- **Langzeitentwicklung von Einsamkeit in Deutschland: Einsamkeitsbelastungen gehen mit zusätzlichen Erschwernissen einher**

Der erste Einsamkeitsbarometer des Kompetenznetzes Einsamkeit (KNE) am Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. soll den Auftakt für eine Langzeitbeobachtung der Einsamkeitsbelastungen in Deutschland bilden. Angesichts der Ergebnisse fordern die Autor*innen, Einsamkeit als eine drängende politische Herausforderung anzuerkennen und gemeinsam daran zu arbeiten, sie im Rahmen einer koordinierten Strategie zu dämpfen.

Einsamkeitsbarometer 2024:

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/einsamkeitsbarometer-2024-237576>

- **Stärkung der Ausbildungsbereitschaft von Betrieben: Wie der Transfer von Bildungsinnovationen gelingen kann**

Das Forschungsinstitut Berufliche Bildung (f-bb) hat eine Arbeitshilfe für Projektumsetzende und Fördergeber veröffentlicht, in der praktische Tipps für den Transfer von Konzepten und Produkten aus geförderten Projekten in den Regelbetrieb gegeben werden. Die Empfehlungen und Beispiele guter Praxis stammen aus Transfer-Projekten der Programme JOBSTARTER Transfer und KAUSA Transfer des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF).

Arbeitshilfe: <https://www.f-bb.de/de/unsere-arbeit/publikationen/staerkung-der-ausbildungsbereitschaft-von-betrieben-wie-der-transfer-von-bildungsinnovationen-geling/>

- **Künstliche Intelligenz in der Sozialen Arbeit**

Der Paritätische Gesamtverband hat eine Textsammlung zu ihrer Veranstaltungsreihe zu Künstlicher Intelligenz in der Sozialen Arbeit veröffentlicht. Folgende Themen werden behandelt: Was ist Künstliche Intelligenz? Welche Anwendungsrisiken gehen mit KI einher? Wie lässt sich ChatGPT produktiv einsetzen? Welche Tipps gibt es zur Einführung von KI-

Anwendungen in der eigenen Organisation?

Textsammlung: https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Digitalisierung/doc/ki/KI_Textsammlung_final.pdf

- **Die Robert-Bosch-Stiftung hat eine neue Publikationsreihe "Policy Briefing"**

Migrationspolitik: Warum Abschreckung keine Lösung ist

Es ist eine Frage, die derzeit viele Menschen umtreibt: Wie gelingt es der Politik, Migration besser zu gestalten? In der ersten Ausgabe unserer neuen Publikationsreihe „Policy Briefing“ geben die Expert:innen Jessica Bither und Hannes Einsporn Anregungen für Grundpfeiler einer menschenwürdigen und nachhaltigen Migrationspolitik.

<https://www.bosch-stiftung.de/de/stories/migrationspolitik-warum-abschreckung-keine-loesung-ist>

- **Die Situation der Frauen**

Sogenannte „Clans“ und „Clankriminalität“ stehen immer wieder im Fokus medialer und politischer Debatten. Es fehlen aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse, was den Umgang mit dem Thema erschwert. Mahmoud Jaraba füllt nach neun Jahren Forschung diese Wissenslücke. In seiner neuen Expertise für den Mediendienst Integration und gefördert von der Robert Bosch Stiftung fokussiert er auf die Situation von Frauen. Sehen Sie dazu auch die Aufzeichnung eines Hintergrundgesprächs mit dem Autor. Außerdem steht ein aktuelles Factsheet des Mediendienstes zum Download zur Verfügung.

<https://www.bosch-stiftung.de/de/publikation/clans-und-clankriminalitaet>

- **Staatenlos in Deutschland**

Die Zahl der in Deutschland lebenden Personen ohne oder mit ungeklärter Staatsangehörigkeit ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Über die Entscheidungspraxis deutscher Behörden gibt es jedoch keine systematischen Erkenntnisse. Der Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) hat untersucht, wie die Feststellung von Staatenlosigkeit in der Praxis erfolgt und welche Herausforderungen bestehen. Ein Ergebnis: Es braucht dringend Konzepte für den Umgang mit ungeklärter Staatsangehörigkeit und Staatenlosigkeit.

<https://www.bosch-stiftung.de/de/publikation/ein-leben-ohne-pass>

- **Geschlecht und Rechtsextremismus**

In einer Broschüre der Amadeu Antonio Stiftung werden die unterschiedlichen Frauenrollen in der extremen Rechten sowie die Instrumentalisierung geschlechter- und familienpolitischer Fragen analysiert und die Bedeutung von Männlichkeitskonstruktionen in der Szene betrachtet.

Weiterlesen in der Broschüre: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/rechte-maenner-und-frauen/>

- **Beratungsanfragen wegen Diskriminierung steigen auf Rekordhoch**

Der Jahresbericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes belegt für 2023 einen Zuwachs an Beratungsanfragen von 22 % im Vergleich zum Vorjahr

(Gesamt 10.772). Der Großteil der Anfragen betrifft rassistische Diskriminierung. Angesichts des großen Bedarfs nach Schutz vor Diskriminierung fordert die Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung eine zügige Reform des deutschen Antidiskriminierungsrechts.

Sie finden den Jahresbericht hier:

<https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Jahresberichte/2023.html?nn=305458>

- **Erwerbstätigkeit von Geflüchteten**

In einem Forschungsbericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wird der Einfluss von institutionellen Hürden auf den Umfang und die Qualität der Erwerbstätigkeit von Geflüchteten untersucht.

Hier der IAB-Forschungsbericht „Institutionelle Hürden beeinflussen Umfang und Qualität der Erwerbstätigkeit von Geflüchteten“:

<https://iab.de/publikationen/publikation/?id=2249743>

- **Begleitung von Geflüchteten in Ausbildung**

In der Zeitschrift „Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis“ (BWP) des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) sind die zentralen Ergebnisse einer Evaluation des Programms "Berufliche Orientierung für Zugewanderte (BOF)" erschienen: Für eine gelungene Begleitung von Zugewanderten in die Ausbildung sei vor allem eine breite Vernetzung der Projektträger nötig.

Ergebnisse der Evaluation „Vernetzung in alle Richtungen – Erfahrungen mit Netzwerkstrukturen bei der Begleitung von Geflüchteten in Ausbildung“:

<https://www.bwp-zeitschrift.de/dienst/publikationen/de/19551>

- **Ältere Arbeitskräfte im demografischen Wandel**

Ein Forschungsbericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) widmet sich der Erwerbsbeteiligung älterer Personen in Deutschland im internationalen Vergleich. Die Beschäftigung Älterer sei demnach in den vergangenen Dekaden deutlich angestiegen.

IAB-Forschungsbericht: <https://iab.de/aeltere-arbeitskraefte-im-demografischen-wandel/>

- **Was ist, wenn es mir passiert? Tipps für Beschäftigte mit (drohender) Behinderung**

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) gibt einen Ratgeber heraus, der praktische Hilfe für Beschäftigte bietet, die von einer langen und/oder schweren Erkrankung betroffen sind bzw. eine Behinderung erworben haben.

Aus dem Inhalt:

- 1 Wann ist man behindert?
- 2 Rehabilitation: Unterstützung bei längeren Erkrankungen
3. Welche rechtlichen Grundlagen zur Rückkehr an den Arbeitsplatz bestehen?
- 4 Welche besonderen Rechte haben Menschen mit Schwerbehinderungen im Arbeitsverhältnis?
- 5 Was tun, wenn ich arbeitslos werde?
- 6 Was tun, wenn ich aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten kann?

- 7 Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM)
- 8 Übersicht wichtiger Maßnahmen
- 9 Wer kann mir im Betrieb weiterhelfen?

Die Publikation kann auch als Printfassung gegen Portokosten bezogen werden. Mehr Infos unter: https://www.dcm-bestellportal.de/dgb/downloads/DGB-0641_Broschuere.pdf

- **The Future is Feminist!
Mit Feminist_innen arbeiten wir weltweit an einer besseren Zukunft**

Feminismus und Geschlechtergerechtigkeit weltweit unter Druck
Der Feminismus hat seit jeher gesellschaftliche Verhältnisse in Frage gestellt und mehr Gerechtigkeit eingefordert. Mutige und engagierte Feminist_innen haben sich unermüdlich für die Menschenwürde sowie die rechtliche und faktische Gleichstellung von Frauen* eingesetzt. Viele positive Veränderungen wurden erreicht.

Trotz aller Erfolge, die Kämpfe gegen Unterdrückung gehören keineswegs der Vergangenheit an. Vielerorts sind sie aktueller denn je: In Europa und den USA sind in den letzten Jahren rechtspopulistische Parteien aufgekommen, die auch mit Blick auf die Geschlechterverhältnisse die Uhren zurückdrehen wollen. In Lateinamerika ist u. a. das Recht auf Abtreibung von konservativen Gesellschaftskräften unter Druck geraten und auch in vielen Ländern Afrikas, Asiens und der arabischen Welt finden sich Fälle von konservativen Angriffen auf Frauenrechte. Ganz zu schweigen von den zunehmenden Angriffen auf die sogenannte „Gender-Ideologie“ und LGBTIQ-Rechte.

Not without a fight!

Der feministische Kampf ist ins Zentrum der großen politischen Auseinandersetzungen unserer Zeit gerückt. Rechtspopulisten brauchen klare Feindbilder und sind dabei auf der Suche nach polarisierenden Themen. Geschlechterfragen werden oft emotional diskutiert und sind – neben Migrationsfragen – zu einem der zentralen Schauplätze aktueller politischer Konfrontationen geworden.

Weiterlesen unter: <https://www.fes.de/themenportal-gender-jugend-senioren/gender-matters/the-future-is-feminist>

- **Sozialer Zusammenhalt – ein Dossier**

Wenn die Dialogbereitschaft endet und Meinungsverschiedenheiten in Hass übergehen, betrifft das uns alle. Denn dann ist das demokratische Zusammenleben gefährdet. Was können wir dem entgegensetzen? Ermutigende Ansätze gibt es in all unseren Fördergebieten – und um diese Ansätze geht es in diesem Dossier.

Weiterlesen unter: <https://www.bosch-stiftung.de/de/storys/zusammenhalt>

- **Tampon Talk: Läuft bei uns? Bei PINKSTINKS**

Nun gibt es unseren »Tampon Talk«, 5 Video-Interviews übers Menstruieren. Denn Bluten ist politisch und darf kein Tabu sein! Dabei geht es um unterschiedliche Themen mit ganz verschiedenen großartigen Expert*innen:

Menstruationsarmut, Menstruationsgesundheit, Aufklärungsarbeit bei Kindern und Jugendlichen, Menstruationsgerechtigkeit und Nachhaltigkeit von Menstruationsprodukten. Apropos Nachhaltigkeit: Wie dringend es ist, dass das Thema Menstruation endlich ernst und wichtig genommen wird, konnte man an den vor kurzem veröffentlichten Forschungsergebnissen zu bedenklicher Schadstoffbelastung in Tampons sehen.

Menstruation. Haben wir. Issso. Warum dann drüber reden? Weil eine Sache, über die nicht gesprochen wird, in der Öffentlichkeit auch nicht existiert. Nicht im Bundestag, nicht in Chef*innen Meetings, nicht in den Laboren von Forscher*innen. Warum sollte es dann also auch Gesetze geben, die Ausfälle wegen Menstruationsschmerzen ganz offiziell als Krankheitstage möglich machen? Warum sollte dann auch der Zyklus bei Medikamententests mitgedacht werden? Warum sollten wir dann auch kostenlose Menstruationsprodukte auf öffentlichen Toiletten finden?

Es ist also Zeit – und das immer wieder – über die Menstruation zu sprechen. Das haben wir getan. Mit fünf verschiedenen Expert*innen, die uns zu Themen wie Aufklärung, Gesundheit und Menstruationsarmut aufgeschlaut haben.

Willkommen zu unserem »Tampon Talk«!

<https://pinkstinks.de/tampon-talk-laeuft-bei-uns/>

- **Bitte um Unterstützung für die Kampagne „Gewaltschutz kostet Geld und rettet Leben: Gewalthilfegesetz für alle Frauen - JETZT!“**

Wir, die Autonomen Frauenhäuser in Deutschland, fordern die Bundesregierung auf, Schutz und Unterstützung endlich für alle gewaltbetroffenen Frauen zu ermöglichen. Die politisch Verantwortlichen müssen jetzt handeln und das geplante Gewalthilfegesetz mit ausreichenden Bundesmitteln ausstatten.

Das muss sich jetzt ändern!

Frauenhäuser und Fachberatungsstellen retten Leben. Seit fast 50 Jahren organisieren sie Schutz und Unterstützung für Frauen und ihre Kinder, die in Paar-, familiären oder anderen Nahbeziehungen Gewalt erleben.

Durch einzelfallbezogene Finanzierungsmodelle der Frauenhäuser müssen Gewaltbetroffene aber noch immer in einer absoluten Notsituation für die Finanzierung ihres Schutzes selbst sorgen. Für viele wird dadurch der Platz in einem Frauenhaus unbezahlbar – besonders dann, wenn kein Anspruch auf Sozialleistungen besteht. Dies betrifft z.B. Studentinnen, Rentnerinnen, Frauen mit prekärem Aufenthaltsstatus oder erwerbstätige Frauen. Der Bedarf an Schutz und Unterstützung besteht genauso für trans*, inter* und nicht-binäre Personen jeden Alters. Auch hier fehlen fast überall bedarfsgerechte Angebote.

Beratungsstellen für Gewaltbetroffene sind in Deutschland noch immer sehr ungleich verteilt, unterfinanziert und überlastet. Die Finanzierung basiert oft auf freiwilligen Leistungen der Länder und Kommunen.

Der Schutz vor Gewalt ist keine Sozialleistung. Der Schutz vor Gewalt ist keine freiwillige Leistung. Der Schutz vor Gewalt ist eine menschenrechtliche Verpflichtung. Daran müssen sich alle staatlichen Ebenen (Bund, Länder und Kommunen) angemessen beteiligen. Wir fordern die Bundesregierung auf, diese Verantwortung endlich wahrzunehmen!

Bitte weiterlesen: <https://innn.it/geldoderleben/>

Mehr Infos hier: <https://autonome-frauenhaeuser-zif.de/die-zif/die-zif-kompakt/>

- **Drei Generationen Almanya**

Selim und Müzeyyen Alkan kamen Anfang der 1970er-Jahre aus dem südostanatolischen Midyat als Gastarbeiter nach Kiel. Wie Tausende andere Einwanderer aus der Türkei wollten sie nur kurz in Deutschland arbeiten und dann wieder zurück in die Heimat. Heute lebt Familie Alkan schon in der dritten Generation in Kiel. Auch Familie Kiroglu lebt schon seit drei Generationen in Norddeutschland. Der Film porträtiert beide Familien. Er taucht in ihre Geschichten ein und begleitet sie in ihrem Alltag. Wie prägt Migration Familien? Und wie haben die Zuwanderer aus der Türkei Norddeutschland verändert?

<https://www.ardmediathek.de/tv-programm/667b42b3b9dd733bb5997fcf>

- **Netzfeminismus und seine Grenzen - Von Isolde Aigner und Anna Schiff**

Das Gute am modernen Feminismus sei, dass außerhalb des Netzes niemand etwas davon mitbekomme, ließ Jan Böhmermann neulich verlauten. Als weißer, heterosexueller Mann der Mittelschicht hat er da natürlich gut lachen. Aber ist modernen Feminismus automatisch Netzfeminismus?

Netzfeminismus ist zum einen eine kritisch-feministische Perspektive auf netzpolitische Themen, zum anderen sind unter Netzfeminismus die vielen, unterschiedlichen Aktivist*innen zu verstehen, die sich online für feministische Themen einsetzen. Dabei sind Letztere besonders häufig sexistischen, wenn nicht sogar offen frauenfeindlichen Kommentaren ausgesetzt. Laurie Penny nannte die Meinung einer Frau einmal den Minirock des Internets. Denn natürlich gibt es online Sexismus, eben weil es ihn auch offline geht.

Feminismus on- wie offline sind Schwestern im Geiste. Jede mit ihren Eigenarten, Chancen und Grenzen. Auch online geht es darum sich Räume anzueignen, anderes Wissen zu verbreiten, solidarisch zu sein und auf Missstände hinzuweisen. Auch und gerade online stellt sich die Frage, wie mit guten Ideen noch Geld zu verdienen ist ... oder wie viel politisches Ehrenamt neben Lohn- und Hausarbeit noch zu schaffen ist. Auch online verlaufen die Grabenkämpfe nicht zwischen den Generationen, sondern zwischen den Positionen. Und deshalb stellt sich für Feminismus online dieselbe Frage, die sich Feminismus offline stellen muss: Wer spricht?

Wir können nicht über Netzfeminismus sprechen, ohne über Teilhabe im Netz an sich zu sprechen. Faktoren, die außerhalb des Netzes beeinträchtigend, privilegierend und benachteiligend sein können (wie z.B. Religion, soziale oder ethnische Zugehörigkeit, finanzielle Situation, Bildung...) beeinträchtigen auch innerhalb des Netzes die Teilhabe. Es verfügen nicht alle über die gleichen Ressourcen, Möglichkeiten und Anerkennungsformen, um die vielfältigen Beteiligungsformen des Netzes (Blogs verfassen, Vernetzung mit politischen Gruppen) zu nutzen. Anfang 2013 lösen Netzfeministinnen durch den #Aufschrei die „Sexismusdebatte“ mit aus. Viele tauschen sich über Alltagssexismus aus und doch kommen gleichzeitig viele, die besonders von Sexismus und Geschlechterungleichheit betroffen sind (z.B. transsexuelle Menschen,

Migrantinnen, sozial benachteiligte Frauen), nicht oder zu wenig zu Wort. Das wurde bis heute zu wenig reflektiert.

Der Netzfeminismus läuft Gefahr im Elfenbeinturm zu verbleiben

Die Gefahr im Elfenbeinturm zu verharren zeigt sich an zwei netzfeministischen Phänomenen. Zum einen fehlt oftmals der Bezug zu feministischen Kämpfen und geschlechterpolitischen Auseinandersetzungen außerhalb des Netzes. Das Netz kann Debatten anstoßen, wie zum Beispiel die „Sexismusdebatte“ Anfang 2013. Aber man darf nicht dem Trugschluss erliegen, dass auf diese Weise auch die Geschlechterdebatten außerhalb des Netzes nachhaltig mitgestaltet werden können. Denn während ein Teil der feministischen Netzcommunity #Aufschrei als Erfolg feierte, kam es offline zu harten geschlechterpolitischen Auseinandersetzungen: So gab es eine reflexhafte Solidarität unter Männern, die einander rieten, Begegnungen alleine mit einzelnen Frauen zu vermeiden. Es bildeten sich ‚Geschlechterfronten‘ mit gegenseitigen Schuldzuweisungen, von denen auch Antifeminist_innen profitierten. Frauen wurden mit dem alten und gängigen Vorurteil konfrontiert, sie würden sexuelle Belästigung gegen sie provozieren. Dieses Beispiel macht deutlich, wo die Grenzen des Netzfeminismus liegen und dass ein Blogeintrag oder Tweet (Twitternachricht) nie die Diskussionen und feministische Kämpfe im realen Leben und in Form von realen Begegnungen ersetzen wird.

Zum anderen gibt es einen wenig reflektierten Umgang mit dem eigenen feministischen Wissen und damit verbundenen Ausgrenzungstendenzen. Kübra Gümüşay sagt hierzu: „Wir baden uns im Wissensfetisch, Kampfeslust und einer arroganten Erhabenheit gegenüber jenen, die noch nicht das Wissen erlangt haben, mit dem wir uns heute stolz schmücken. Die Einsichten, die wir heute haben, setzen wir bei anderen als Mindestwissen voraus. Das macht uns ängstlich und stumm. Nicht nur Anfänger_innen, sondern auch alte Hasen.“

Netzfeminismus ist nur eine Form des Feminismus im 21. Jahrhundert

Netzfeminismus ist nicht der Feminismus des 21. Jahrhunderts. Er ist aber eine große Bereicherung für den Feminismus im 21. Jahrhundert. Er ist unentbehrlich für die gegenwärtigen feministischen Auseinandersetzungen. Es ist jedoch unabdingbar, die eigenen Privilegien und Wissensvorsprünge zu reflektieren, sich mit feministischen Kämpfen außerhalb des Netzes auseinanderzusetzen und sich diesen zu stellen. Nur so wird ein gemeinsamer, solidarischer und starker Feminismus möglich

Text veröffentlicht unter: <https://wirfrauen.de/netzfeminismus-und-seine-grenzen/>

- **Kostenstudie zum Hilfesystem für Betroffene von häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt**

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) veröffentlichte in einer Studie erstmals einen bundesweiten Überblick zu Kosten und den verschiedenen Finanzierungsquellen der Einrichtungen des deutschen Gewalthilfesystems. Die Studie berechnet außerdem zwei Szenarien für den dringend benötigten Ausbau von Frauenhäusern, Schutzeinrichtungen und Fachberatungsstellen und bildet damit eine wichtige Grundlage für den

erwarteten Entwurf des Gewalthilfegesetzes.

Es wurden Daten über 852 der 1129 Einrichtungen des Gewaltschutzsystems in Deutschland gesammelt. Davon sind 304 Schutzeinrichtungen für von gewaltbetroffene Frauen* mit Kindern und 13 Männerschutzeinrichtungen und Männerberatungsstellen.

Die Studie stellt fest, dass bei einem Vergleich der in der Forschung ermittelten Plätze für Frauen mit ihren Kindern mit den Empfehlungen der Istanbul-Konvention auffalle, dass alle Bundesländer deutlich von der Empfehlung von 2,54 Plätzen pro 10.000 Einwohner*innen entfernt sind.

Erstmals liegt damit ein bundesweiter Überblick zu der Finanzierung und den Kosten des deutschen Gewalthilfesystems vor. Die Studie berechnet außerdem zwei Szenarien für den dringend benötigten Ausbau von Frauenhäusern, Schutzeinrichtungen und Fachberatungsstellen und bildet damit eine wichtige Grundlage für den Entwurf des Gewalthilfegesetz.

Mehr Informationen unter:

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/kostenstudie-zum-hilfesystem-fuer-betroffene-von-haueslicher-und-geschlechtsspezifischer-gewalt-240218>

- **Ungleichheit wächst seit den 1970ern - Geschlechtergerecht Verteilen in Zeiten des Umbruchs**

In Deutschland, einem der reichsten Länder der Welt, gilt ein wachsender Teil der Bevölkerung als arm. Besonders häufig sind Frauen an den unteren Enden der Einkommens- und Vermögensskalen zu finden. Gleichzeitig steigen die Vermögen Wohlhabender immer weiter an. Diese zunehmende Ungleichheit fordert die Demokratie heraus und droht sich in Anbetracht des klimabedingt notwendigen Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft zu verschärfen. Höchste Zeit, die Verteilungsfrage unter Geschlechterperspektive zu stellen. Das fanden auch die Teilnehmer*innen der Fachveranstaltung des Deutschen Frauenrats „Wohlstand für alle?! Geschlechtergerechte Verteilungspolitik in Zeiten der Transformation“, die sich zahlreich am 21. Juni 2024 im Scandic Hotel in Berlin einfanden.

Themen waren u.a.

- Armut keine Folge individuellen Scheiterns
- Steuern steuern – aber nicht geschlechtergerecht
- Politische Rahmenbedingungen anpassen

Tagungsbereich nachlesen unter:

<https://www.frauenrat.de/geschlechtergerechte-verteilungspolitik-in-zeiten-der-transformation/>

- **Stellungnahme zum Referentenwurf eines zweiten Jahressteuergesetzes 2024**

Der Deutsche Frauenrat (DF) begrüßt die Abschaffung der Steuerklassenkombination III/V und Überführung in die Steuerklassenkombination IV/IV mit Faktorverfahren. Dies ist ein überfälliger Schritt, mit dem die Bundesregierung einer langjährigen Forderung der Zivilgesellschaft nachkommt. Kritisch zu sehen ist allerdings, dass – trotz ambitionierter Ankündigungen – die Überführung erst zu Jahresbeginn 2030

erfolgen soll. Der DF spricht sich für einen deutlich verkürzten Zeitplan aus. Das Vorhaben kann zudem nur als erster Schritt eines notwendigen Reformprozesses gesehen werden: Für eine geschlechtergerechte Steuerpolitik muss langfristig die Reform des Ehegattensplittings in Richtung einer Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag erfolgen. Es ist darüber hinaus enttäuschend, dass die Bundesregierung die Gelegenheit verstreichen lässt, mit einer armutsfesten Kindergrundsicherung Kinder unabhängig von ihrer Familienform nachhaltig zu unterstützen und vor Armut zu schützen. Im vorliegenden Ref-E werden dagegen minimale Anpassungen im bestehenden System der monetären Familienleistungen vorgenommen, die im Ergebnis wenig zu einer effektiven Armutsbekämpfung beitragen. Ebenso bedauerlich ist das Fehlen der Steuergutschrift für Alleinerziehende, die gerade Familien mit geringen Einkommen zugutekommen würde. Der DF fordert Nachbesserungen im parlamentarischen Verfahren.

Die ausführliche Stellungnahme ist nachzulesen unter:

<https://www.frauenrat.de/wp-content/uploads/2024/07/Deutscher-Frauenrat-Stellungnahme-Jahressteuergesetz-II.pdf>

- **Anmeldung zur Änderung des Geschlechtseintrages jetzt möglich**

Seit dem 1. August können trans, inter und nicht-binäre Personen, die ihren Geschlechtseintrag und ihren Vornamen mit dem Inkrafttreten des neuen Selbstbestimmungsgesetzes ab dem 1. November ändern wollen, dies beim Standesamt anmelden. Das neue Selbstbestimmungsgesetz sieht vor, dass eine Änderung des Geschlechtseintrags und Vornamens drei Monate vorher beim Standesamt angemeldet werden muss. Dementsprechend können Personen, die dies bereits am 1. August getan haben, am 1. November ihre persönliche Erklärung zur Änderung abgeben

- **Stimmt das wirklich? Faktencheck zur Demokratieförderung**

In den letzten Monaten ist im Zuge der öffentlichen Diskussionen um das Demokratiefördergesetz die Demokratieförderung des Bundes stark unter Druck geraten. Es verging kaum eine Woche ohne Presseartikel, in denen mit Fake News die Förderpolitik des Bundes von interessierter Seite angegriffen wurde. Dieser teils machtpolitisch, teils antidemokratisch motivierte Diskurs führt auch zu Verunsicherungen bei Haupt- und Ehrenamtlichen im zivilgesellschaftlichen Bereich. MdB Felix Döring stellt in Reaktion darauf unter dem Portal »stimmtdaswirklich.de« sachliche Argumente für die Diskussion bereit.

Portal Stimmt das wirklich?: <https://www.felix-doering.de/stimmtdaswirklich/>